



AMTSBLATT

des k. u. k. Kreiskommandos in Noworadomsk.

XXXIII. Stück.—Ausgegeben und versendet am 25. August 1916.

Inhalt: 181. Verwendung von Polizeihunden. — 182. Flachsgarne, Hanfgarne, Leinwand; Beschlagnahme. — 183. Tilgung der Wutkrankheit bei Haustieren. — 184. Maximalpreise für Wolle. — 185. Einführung von Viehpässen im Bereiche des Militär-General-Gouvernements. — 186. Unterhaltsbeiträge für die Angehörigen der im Bereiche der 1. 2. und 4. Armee als Zivilarbeiter verwendeten Staatsangehörigen im Königreiche Polen. — 187. Heranziehung von Einwohnern des Okkupationsgebietes zum provisorischen Finanzwachdienste. — Steckbrief. — Aviso.

181.

Verwendung von Polizeihunden.

N^o 1040/16 K. G.

Beim Kreisgendarmeriekommando in Piotrków ist ein Polizeihund eingeteilt worden, der von den an der Bahn gelegenen Gendarmerieposten des Kreises Noworadomsk bei schweren Kriminalfällen in Anspruch genommen werden kann.

Sollte daher ein Verbrechen vorkommen, zu dessen Aufklärung die Beiziehung eines Polizeihundes geeignet erscheint, so haben sich die Betroffenen unverzüglich an den nächsten Gendarmerieposten zu wenden. Der Tatort muss bis zum Eintreffen des Polizeihundes tunlichst abgesperrt werden und es muss hauptsächlich von Türen und Fenstern der in Betracht kommenden Häuser, ferner von den am Tatorte zurückgelassenen Gegenständen und von etwa vorhandenen Fusspuren des Verbrechers jedermann ferngehalten und Vorsorge getroffen werden, dass nicht weitere Berührungen durch andere Personen vorkommen, wodurch die Spur verwischt und fremde Geruchsteile auf die zur Feststellung geeigneten Gegenstände übertragen werden.

Die Requisition des Polizeihundes muss tunlichst geheim gehalten werden, um störende Ansammlungen Neugieriger möglichst hintanzuhalten.

182.

Flachsgarne, Hanfgarne, Leinwand; Beschlagnahme.

№ 12059/7.

Das k. u. k. Militärgeneralgouvernement in Lublin hat mit Erlass vom 31./VII. 1916, J. Nr. 13763/1916, die Beschlagnahme von Flachsgarnen, Hanfgarnen und Leinwand anbefohlen.

Punkt I. Personen, die Vorräte an obgenannten Waren besitzen, haben diese binnen acht Tagen nach dem Erscheinen dieser Kundmachung beim zuständigen k. u. k. Gendarmeriepostenkommando anzumelden.

Vorräte, die nach dem 1. September 1916 ohne vorhergegangene Anmeldung vorgefunden werden, werden konfisziert und die sachfälligen Besitzer strengstens bestraft.

Punkt II. Übertretungen dieser Kundmachung werden mit Geldstrafen bis zu 2.000 Kronen und mit Arrest bis zu 6 Monaten bestraft.

Punkt III. Diese Kundmachung tritt sofort nach ihrem Erscheinen in Kraft.

183.

Tilgung der Wutkrankheit bei Haustieren.

(Verordnung des k. u. k. M. G. G. vom 8. August 1916 St. Nr. 49265/16.)

№ 19048.

§ 1. Alle über 8 Wochen alten Hunde sind durch die Gemeindevorsteher (Wojte), in den Städten durch die Magistrate, in Evidenz zu führen und zwar unter Angabe des Namens und des Berufes des Eigentümers, sowie unter Bezeichnung der Farbe, der Gattung, des Geschlechtes und der Verwendungsart des Hundes.

§ 2. Hunde sind, sofern sie sich nicht in einem geschlossenen Raume befinden, bei Tag und Nacht an der Kette zu halten, oder müssen mit einem beissicheren Maulkorb versehen sein; der Maulkorbzwang gilt auch für Hunde, welche an der Leine geführt werden.

§ 3. In öffentlichen Lokalen (Kaffeehäusern, Restaurationen, Amtsgebäuden) und an Orten, wo grössere Menschenansammlungen stattfinden (Stadtgärten, Ausflugsorten etc.) dürfen Hunde unter keiner Bedingung mitgenommen werden.

§ 4. Es ist verboten, Katzen ausserhalb der Gebäude und Höfe herumstreifen zu lassen.

§ 5. Herrenlose Hunde und solche, bezüglich deren obige Vorschriften nicht eingehalten werden, sind durch die Wasenmeister und wo sich kein solcher befindet, durch die Organe der öffentlichen Sicherheit zu töten, oder, wenn es leicht und ohne Gefährdung möglich ist, einzufangen.

Eingefangene Hunde sind nach Ablauf von 24 Stunden zu vertilgen, sofern nicht etwa der Eigentümer innerhalb dieser Frist die Einbringung einer Bitte um Freigabe (§6) anzeigt, sich zur Tragung der Kosten der Verwahrung und Verpflegung des Hundes verpflichtet und hierfür eine entsprechende Kautionsleistung erlegt.

Die Vertilgung hat nur dann zu unterbleiben, wenn es sich um junge kräftige Hunde handelt, welche kein sichtbares Gebrechen zeigen und eine Schulterhöhe von mindestens 56 cm. aufweisen. In diesem Falle ist eine Meldung an das Kreiskommando zu erstatten, welches nach Erfolg der Untersuchung durch den Kreistierarzt die Ablieferung des Hundes an das Kriegshundeersatzdepot in Pulawy oder die Vertilgung

anzuordnen hat.

Der Eigentümer des eingefangenen, für Kriegszwecke in Verwendung genommenen Hundes hat keinen Anspruch auf Ersatz.

Ausserhalb von Gebäuden und Höfen umherstreifende Katzen sind zu töten.

§ 6. Die Herausgabe von eingefangenen Hunden kann vom Mil. Gen. Gouv. ausnahmsweise in besonders berücksichtigungswürdigen Fällen unter der Bedingung gestattet werden, dass der Hund auf Kosten des Eigentümers durch eine vom Kreistierarzt zu bestimmende Frist verwahrt und während derselben tierärztlich beobachtet wird und dass keine sonstigen Bedenken vorliegen.

Die Herausgabe kann unbeschadet der eventuellen Bestrafung des Eigentümers nach § 11 von dem Erlag eines entsprechenden Betrages für wohltätige Zwecke abhängig gemacht werden.

Bis zur Tötung bezw. Entscheidung über die Herausgabe sind eingefangene Hunde in einem entsprechenden Raume in gesonderten Käfigen oder an Ketten gelegt zu halten, damit sie sich gegenseitig nicht beißen können, u. auf Kosten des Eigentümers entsprechend zu warten und zu füttern.

§ 7. Die Kreiskommandos sind ermächtigt, Ausnahmsscheine für Wach-Jagd-Schäferhunde u. dgl., zu erteilen, auf Grund welcher solche Hunde zeitweise vom Maulkorbzwang resp. vom Ankettungszwange befreit werden.

§ 8. Die Ausnahmsscheine sind für die Hunde nur auf die Dauer ihrer speziellen Verwendung gültig, daher für Wachhunde nur, insolange sie sich in umzäumten Gehöften, Gärten, Haushöfen, Lagerplätzen befinden, von wo sie nicht entweichen können; für Jagd- und Schäferhunde nur während der Jagd bezw. während der Verwendung beim Weiden von Tieren.

§ 9. Die Einfuhr von Hunden in das Gebiet des M. G. G. darf nur mit dessen Genehmigung erfolgen.

§ 10. Die Bestimmungen dieser Vdg. betreffen alle im Privatbesitze sei es von Zivil-, sei es von Militärpersonen befindlichen Hunde.

§ 11. Übertretungen dieser Vdg. werden, sofern die Tat nicht unter eine strengere Strafbestimmung fällt, vom Kreiskommando nach den Bestimmungen der Vdg. des A. O. K. vom 19./VIII. 1915, Vdg. Bl. Nr. 30 mit Geldstrafen bis zu 2000 K oder mit Arrest bis zu 6 Monaten bestraft.

§ 12. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Kundmachung in Kraft.

184.

Maximalpreise für Wolle.

(Preise ad AOK. Q. Op. № 9412 v. 1916 mit 10% Zuschlag).

№ 280/1 Lw.

Basiert auf den Preisen für fabriksgewaschene Wolle (Wolle ohne jeden Schweiss und Verunreinigung).

I. SCHURWOLLE (auch Lammwolle).

Feinste Merino-Wolle pro 1 kg.	22 K — h
Streich- und Kammwolle AAA/AA. pro 1 kg.	18 „ 70 „
„ „ „ A/B „ „ „	16 „ 50 „
„ „ „ C „ „ „	12 „ 10 „
Zigaya-Wolle (D-Wolle)	10 „ 45 „
Raczka (Zackel) Wolle (E-Wolle)	8 „ 25 „

II. HAUT - GERBER - und STERBLINGSWOLLE.

Qualität AAA/bis B	pro 1 kg.	. . .	14 K 30 h
" C	" " "	. . .	11 " — "
Zigaya-Wolle (D-Wolle)	" " "	. . .	9 " 35 "
Zackel-Wolle (E-Wolle)	" " "	. . .	7 " 26 "

III. KÜRSCHNERWOLLE.

Qualität AAA bis B	pro 1 kg.	. . .	8 " 80 "
" C	" " "	. . .	7 " 70 "
Zigaya-Wolle (D-Wolle)	" " "	. . .	6 " 60 "
Zackel-Wolle (E-Wolle)	" " "	. . .	4 " 95 "

Diese Maximalpreise gelten mit Sack, einschliesslich der Kosten der Versendung gegen Barzahlung (sofort einlösbare Bescheinigung).

Anmerkung: Fabrikmässig gewaschen heisst eine absolut reine, jener Unreinlichkeit entbehrende Wolle, welche sich nur durch die technisch vollkommene Einrichtung der Tuchfabrik erzielen lässt. Da die von den Schafzüchtern zur Abfuhr gelangende Wolle immer Unreinlichkeiten enthält und der Grad der Unreinlichkeiten ein verschiedener ist, muss in jedem Falle eine Schätzung der Wolle durch die Einkäufer erfolgen.

Da sich die Preise loco Eisenbahnstation verstehen, ist der Wollsubeinkäufer oder Einkäufer berechtigt von dem Preise auch eventuell Transportkosten zur Bahn in Abzug zu nehmen.

185.

Einführung von Viehpässen im Bereiche des Militär-General-Gouvernements.

(Verordnung des k. u. k. Militär-General-Gouverneurs vom 18. Juni 1916.)

Nr 3893/4.

Auf Grund des § 4 der Vdg. des A. - O. - Komdten vom 29. November 1915 Nr. 46 V. Bl. und auf Grund der Bestimmungen des V. Abschnittes des russischen Sanitätsgesetzes (XIII. Band der russischen Gesetzsammlung Auflage 1905 und des Gemeindegesetzes für das Königreich Polen) wird verordnet wie folgt:

§ 1.

Viehpässe.

Im Bereiche des Militärgeneralgouvernements ist für jedes Stück Rindvieh, Schaf, Ziege, Schwein, Pferd, Esel und Mauliter, ohne Rücksicht auf das Alter ein Viehpass beizubringen, wenn das Tier

- a) auf einen Markt, eine Auktion, eine Ausstellung oder eine Tierschau,
- b) zur Schlachtung,
- c) anlässlich des Wechsels des ständigen Aufenthaltsortes in eine andere Ortschaft gebracht,
- d) mittelst Eisenbahn oder Schiff befördert werden soll.

§ 2.

Einzelpässe.

Für die im § 1 aufgezählten Tiere sind grundsätzlich Einzelpässe auszustellen.

Für Säugetiere in Begleitung des Muttertieres genügt ein Vermerk auf dem Viehpasse des Muttertieres. Für Schafe, Ziegen und Schweine sind Gesamtviehpässe dann zulässig wenn es sich um Tiere desselben Besitzers und derselben Gattung (Schafe, Ziegen oder Schweine) handelt, welche als Schlachttiere gekauft, in dasselbe Schlachthaus abgetriebenen werden sollen.

§ 3.

Ausnahmen.

Die Bestimmungen dieser Verordnung beziehen sich nicht auf die im ärarischen Besitze oder im Besitze einer zur Armee im Felde oder zur Militärverwaltung gehörenden Person befindlichen Tiere.

§ 4.

Zur Ausstellung von Viehpässen berufene Organe.

Die Ausstellung der Viehpässe obliegt den Gemeindevorstehern bzw. Soltysen. kann jedoch mit Bewilligung des k. u. k. Kreiskommandos, auch speziellen Organen, (Viehbeschauern, Gemeindeschreibern) anvertraut werden. — Mit der Ausstellung von Viehpässen dürfen Personen, die sich mit Viehhandel, Viehfleisch- und Selchereiwarenverkaufe befassen, nicht betraut werden.

§ 5.

Formulare für Viehpässe.

Die Viehpässe sind auf den von der Gemeinde beim zuständigen k. u. k. Kreiskommando zu beziehenden amtlichen Formularen gegen Erlag des Betrages von 1 K 50 h für jedes 100 Blatt enthaltende Heft auszufertigen.

§ 6.

Viehbeschau vor der Viehpassausstellung.

Der Ausstellung des Viehpasses hat die Untersuchung des Tieres auf seine Gesundheit durch einen von der Gemeinde zu bestellenden, vom Kreikommando zu bestätigenden sachverständigen Viehbeschauer voranzugehen. Solche Sachverständige sind in einer der Ausdehnung der Gemeinde bzw. der Ortschaft und dem Bedarfe entsprechenden Anzahl zu bestellen.

Die Sachverständigen haben auf Grundlage der vorgenommenen Untersuchung des Tieres besondere Viehbeschaueugnisse auszufertigen, wenn sie nicht gleichzeitig zur Ausstellung der Viehpässe berechtigt sind. Die Viehbeschaueugnisse sind der betreffenden Viehpassjuxte beizulegen (beizuheften).

§ 7.

Der Viehpass darf nicht ausgestellt werden:

- a) wenn an dem Tiere beim Beschauen Merkmale irgend einer Tierseuche wahrgenommen werden,
- b) wenn das zur Ausfertigung des Viehpasses berufene Organ von dem Ausbruche einer Tierseuche- (Maul- u. Klauenseuche, Rinderpest) in der Ortschaft oder von einem verdächtigen Erkrankungs- oder Verendungsfall eines Tieres in dem betreffenden Gehöfte Kenntnis erlangt, insofern es sich um Tiere handelt, auf welche die in Frage stehende Seuche übertragbar ist, und dies solange, bis vom k. u. k. Kreiskommando eine anderweitige Verfügung getroffen wird,

- c) wenn von der Behörden durch besondere Verfügung die Ausstellung von Viehpässen für Tiere der in Frage stehenden Art und Herkunft verboten wurde.

§ 8.

Eintragungen in die Viehpässe und Manipulation.

Alle Rubriken des Viehpasses sind genauestens mit Tinte oder Tintenstift leserlich in polnischer Sprache auszufüllen. Das Datum und die Zahl der Tiere ist nicht nur in arabischen Ziffern, sondern auch in Worten einzutragen. Die Viehpässe sind mit fortlaufenden Nummern zu versehen, die im Viehpasshefte nebeneinander stehenden Formularen sind gleichlautend auszufüllen; das linksseitige hat im Hefte zu bleiben, das rechtsseitige ist durch das schraffierte Wort „Viehpass k. u. k. M. - G. - G. Lublin“ abzuschneiden und nach Beifügung der Unterschrift sowie Beidrückung des Ortssiegels bzw. des Siegels des zur Ausstellung der Viehpässe bestellten Organes, der Partei auszufolgen.

Die Eintragungen in Viehpässen und Juxten dürfen nicht korrigiert werden. Jede, wenn auch ämtliche Korrektur ist unter Verantwortung sowohl des Ausstellers wie auch der Partei, strengstens verboten.

§ 9.

Die Viehpasshefte sind von den zur Ausstellung berufenen Organen gehörig zu verwahren und sind diese Organe für jeden Missbrauch und jede Fahrlässigkeit in der Gebahrung mit diesen Heften verantwortlich.

Verbrauchte Juxtahefte sind ein Jahr lang nach der letzten Eintragung bei dem Gemeindevorsteher bzw. bei dem Soltys oder bei dem mit der Ausstellung der Viehpässe betrauten Organe aufzubewahren.

§ 10.

Gültigkeitsdauer des Viehpasses.

Die Viehpässe haben eine Gültigkeit von 8 Tagen, vom Datum der Ausfertigung an gerechnet.

§ 11.

Mängel des Viehpasses.

Der Mangel eines Viehpasses sowie Unrichtigkeiten und Verbesserungen desselben, insbesondere Mängel bezüglich der Übereinstimmung der Stückzahl und Merkmale der Tiere schliessen die Zulassung solcher Tiere zu Viehmärkten, Tierschauen und zum Transporte auf Eisenbahnen und Schiffen aus. Wo solche Tiere betroffen werden, sind dieselben auf Kosten der Besitzer einer tierärztlichen Beschau zu unterziehen und nur in dem Falle, als sie gesund und rücksichtlich ihrer Provenienz für unverdächtig befunden werden, unter Ausstellung eines Passierscheines, auf welchem der stattgehabte Vorgang zu bemerken ist, zum Abtriebe nach dem Herkunftsorte zuzulassen. Im gegenteiligen Falle ist das den Umständen Angemessene vorzukehren.

§ 12.

Verkaufsklausel.

Wird ein Viehstück auf einem Markte verkauft, so ist die auf der Rückseite des Viehpasses befindliche Verkaufsklausel durch die Marktkommission auszufüllen.

Wenn das Tier durch Verkauf den ständigen Standort wechselt, so muss vom Viehpassaussteller des bisherigen Standortes die Verkaufsklausel ausgefüllt und gefertigt werden.

Der Einkauf und Verkauf von Tieren ohne Viehpass ist untersagt, wenn — hierbei gleichzeitig (das Tier) den Standort wechselt.

§ 13.

Gebühren.

Der Viehpassaussteller hat bei Ausstellung des Viehpasses von den Parteien folgende Gebühren einzuheben:

- a) für einen Viehpass für ein Pferd, Esel, Maultier, Rindvieh und Schwein 50 h,
- b) für einen Viehpass für ein Schaf, eine Ziege, ein Kalb 20 h,
- c) für Ausstellung eines Kummulativviehpasses für Schafe und Ziegen K. 2.—, für Schweine nach der Stückzahl, rechnend für ein Schwein zu 40 h.

Für saugende Tiere in Begleitung des Muttertieres sind keine Gebühren zu entrichten.

- d) für die Ausstellung der Verkaufsklausel zahlt der Verkäufer 20 h für ein Pferd, Esel, Maultier, Rindvieh und Schwein, 10 h für ein Schaf, Kalb oder Ziege. Ausser diesen Gebühren darf weder der Viehbeschauer, noch der Viehpassaussteller für seine Tätigkeit von den Parteien irgendeine Entlohnung annehmen.

§ 14.

Verwendung der Gebühren.

Die eingehobenen Beträge hat der Viehpassaussteller an jedem Samstag, spätestens am Ende eines jeden Monats dem Gemeindevorsteher bzw. Soltyz unter genauer Verrechnung abzuführen.

Viehpassjuxten bilden den Beweis für die vereinnahmten Gelder.

Aus diesen Beträgen sind zunächst die Kosten der Beschaffung der Viehpassformularen zu decken, der verbleibende Rest ist zur Bedeckung der Entlohnung der Viehbeschauer (deren Stellvertreter) eventuell des Viehpassausstellers zu verwenden, eventuell an die Ortschaftskassa abzuführen.

§ 15.

Strafbestimmungen.

Übertretungen dieser Verordnung wie Fälschungen von Viehpassen oder sonstige vorschriftswidrige Manipulationen mit denselben werden — wenn die Tat nicht unter eine strengere Strafbestimmung fällt — auf Grund des § 5 der Verordnung des A. O. K. vom 29. November 1915 Nr. 46 V. Bl. vom Kreiskommando mit Geldstrafen bis zu K 2.000— oder mit Arrest bis zu 6 Monaten bestraft.

§ 16.

Kontrolle über die Einhaltung der Verordnung.

Die Kontrolle über die Einhaltung dieser Verordnung obliegt den Organen der k. u. k. Militärverwaltung (k. u. k. Militärpolizei, k. u. k. Gendarmerie, k u k. Finanzwache) und den Gemeindeorganen.

§ 17.

Wirksamkeitsbeginn.

Diese Verordnung tritt mit dem 10 September 1916 in Kraft.

186.

Unterhaltsbeiträge für die Angehörigen der im Bereiche der 1. 2. und 4. Armee als Zivilarbeiter verwendeten Staatsangehörigen im Königreiche Polen.

№ 18664.

Mit d. Op. Nr. 58505 vom 23./5. 1916 hat das k. u. k. Armeeoberkommando verfügt, dass den Familienangehörigen der als Zivilarbeiter im Bereiche der 1. 2. und 4. Armee verwendet Staatsangehörigen im Königreiche Polen die im Pkt. 7./ der Verordnung Nr. 15244/1916 festgesetzten Unterhaltsbeiträge und zwar ab 1. Mai l. J. zu erfolgen sind.

Der Unterhaltsbeitrag beträgt für erwachsene Personen 40 H für Kinder bis 5 Jahren 20 Heller.

Gesuche von Personen, welche auf einen derartigen Unterhaltsbeitrag Anspruch erheben, sind mit dem nötigen Beweisdokumenten, dass der Familienerhalter tatsächlich als Zivilarbeiter bei der 1. 2. oder 4. Armee dient, versehen, an das k. u. k. Kreiskommando in Noworadomsk zu richten.

Für die im Bereiche des M. G. G. befindlichen, aus diesen Staatsangehörigen gebildeten Ziv. Arb. Abteilungen gilt diese Verfügung vorläufig nicht, weil in Bezug auf die Bildung dieser Zivilarbeiterabteilungen grundlegende Änderungen geplant sind, wobei auch die Frage der Versorgung der auf den Unterhalt des Arbeiters angewiesenen Familienangehörigen gelöst werden wird.

Das k. u. k. M. G. G. wird mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln bestrebt sein, die unvermeidlichen Härten des Arbeitszwanges, solange er noch bis zur Einführung der neugeplanten Organisation bestehen muss, zu lindern, andererseits aber rechnet das k. u. k. Militärgeneralgouvernement mit Sicherheit darauf, dass die irreführte Bevölkerung endlich einmal aufhören wird, den unsinnigsten Gerüchten (wie z. B. Verwendung der Zivilarbeiter für den Frontdienst u. dgl.) Glauben zu schenken.

187.

Heranziehung von Einwohnern des Okkupationsgebietes zum provisorischen Finanzwachdienst.

(M. G. G. Erlass № 11741 vom 10/8. 1916)

№ 1323/16 Fin.

Zum aushilfsweisen Dienste bei der Finanzwache werden freiwillig sich meldende Einwohner des österr. ung. Okkupationsgebietes in Polen beim k. u. k. Kreiskommando in Noworadomsk aufgenommen,

Die sich meldenden Einwohner werden vorher beim k. u. k. Finanzwachkommando in Lublin entsprechend geschult.

1. Bedingungen für die Aufnahme.

a) physische Eignung zum Finanzwachdienst;

b) volle Beherrschung der polnischen Sprache in Wort und Schrift; (jene welche auch der deutschen Sprache mächtig sind, finden eine vorzugsweise Berücksichtigung);

c) eine der ihnen zufallenden Dienstessphäre entsprechende Intelligenz;

d) makellostes Vorleben;

e) ein Alter von über 18 bis höchstens 35 Jahren;

f) der Besitz einer mitzubringenden warmen Decke, guter, warmer Bekleidung, ebensolcher Beschuhung und Wäsche.

Minderjährige haben sich mit der schriftlicher Einwilligung des Vaters oder Vormundes welcher von der Gemeinde bestimmt sein muss, auszuweisen.

2. Gebührenbestimmungen.

Die acceptierten Leute erhalten eine tägliche Entlohnung von 5 (fünf) Kronen pro Mann. Der Tageslohn wird von Tage des Dienstantrittes (Meldung) beim k. u. k. Finanzwachkommando in Lublin von 5 zu 5 Tagen im Vorhinein ausgezahlt. Für Bekleidung werden aus den Monturvorräten des M. G. G. 1 Mantel, 1 Bluse, 1 Hose, 1 Kappe und 1 Paar Schuhe pro Mann aufgewendet. Die Forterhaltung der Bekleidungsarten wird aus dem Taglohne zu erfolgen haben.

Für die Unterbringung und voraussichtlich auch für eine kräftige, doch billige Verköstigung wird das genannte Finanzwachkommando sorgen. Die Kosten der Verköstigung werden vom Taglohne zu bezahlen sein.

Das Kreiskommando weist speziell darauf hin, dass durch diese Aufforderung den intelligenten, jedoch derzeit arbeitslosen Personen des Kreises besonders günstige Gelegenheit geboten wird, sich eine würdige Anstellung zu verschaffen und erwartet auch eine grosse Anzahl von Anmeldungen.

Hiebei wird betont, dass die zum Finanzwachdienste sich meldenden Personen sich auf die Dauer ihrer freiwillig übernommenen Verpflichtung der Militärgewalt unterwerfen und dies feierlich geloben müssen.

Dienstesnachlässigkeit und Fahrlässigkeit, unreelle oder gar verbrecherische Handlungen werden ausser Entlassung Strafen nach dem Mil. Strafgesetz nach sich ziehen.

Die Bewerber können sich bis zum 25. Oktober 1916 täglich beim k. u. k. Kreisfinanzwachkommando melden, wohin sie auch Originaldokumente (wie Schulzeugnisse, sonstige Zeugnisse über bisherige Anstellungen etz.) mitzubringen haben.

Der k. u. k. Kreiskommandant

Franz Mussak m. p.

Oberst.

Steckbrief.

№ 19394.

Aus dem Feldarreste des k. u. k. Militärgerichtes in Tomaszów ist amr 10. August 1916 GORYN KUŻMA, geboren in SMOLEŃSK, 28 Jahre alt, griechisch orientalisches Kopshaar, graue Augen, lichte Augenbrauen und einen kleinen Schnurr- und Spitzbart; hat Zivilkleider (Hosen schwarz und Rock grün) mit hohen Stiefeln an, ferner eine schwarze russische Kappe.

Sein letzter Aufenthalt war PODHORCE (Kreis Tomaszów),

Alle Sicherheitsorgane werden aufgefordert nach dem Genannten zu forschen, ihn im Betretungsfalle festzunehmen und dem Feldarreste des k. u. k. Militärgerichtes in Tomaszów zu überstellen. Der Genannte wurde am 3. 8. l. J. wegen des Verbrechens nach § 377 M. S. T. G. zu viermonatlichem schweren Kerker verurteilt.

Aviso.

№ 18436.

Mit Zirkular Nr. 165 Zahl 10128/K vom 29. Juli 1916 gibt die k. u. k. Auskunftsstelle Radom bekannt, dass in Zukunft, ab Ende August 1916, Zertifikate über die zur Ausfuhr bewilligte Zeit nicht verlängert werden, da das k. u. k. Finanzministerium die Prolongationen der Kontingente nicht mehr bewilligen wird.

Die Ausfuhrzertifikate werden prinzipiell nur auf bereits gekaufte Ware ausgestellt werden.

№ 18369.

Das k. u. k. Militärgeneralgouvernement hat mit Verordnung E. Nr. 52997/16 vom 29. Juli 1916 folgendes angeordnet:

Der seitens der k. k. Regierung subventionierte Landesindustrieverband in Lemberg (Krajowy Związek Przemysłowy) hat sich in Auskunfts- und Informationsangelegenheiten bei der Organisation von Handel und Gewerbe im k. u. k. Okkupationsgebiete in Polen zu Verfügung gestellt.

Über A. O. K. Befehl M. V. Nr. 67388/P vom 18. Juli 1916 ist von diesem Anerbieten im Bedarfsfalle Gebrauch zu machen.

№ 18043/5.

Die k. u. k. Auskunftsstelle in Radom gibt mit der Zuschrift vom 22. Juli 1916 Zl. 9635/K bekannt, dass öfters Apothekerartikel angesucht werden, welche die Lieferfirmen gar nicht liefern wollen, andererseits diese Gesuche unter Aufwand grosser Arbeit durchgesehen und gesichtet werden und nach Erteilung der Ausfuhrbewilligung die Ausfuhr aus den vorerwähnten Gründen überhaupt nicht bewerkstelligt werden kann.

Es werden daher in Zukunft keine Gesuche mehr seitens der Kreiskommanden sowie der Apotheker des Okkupationsgebietes von der k. u. k. Auskunftsstelle in Radom angenommen. Die Gesuche sind direkt an die Lieferfirmen zu richten von denen sie erst an die k. u. k. Warenverkehrszentrale einzureichen sind.